



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

Handeln statt wegsehen: Jugendgewalt vor Ort wirksam bekämpfen

*Beitrag von Kai Gehring für die „Zeitschrift für Alternative
Kommunalpolitik“ (AKP), Heft 6/2009*

Die tragischen und traurigen Fälle von schwerer Jugendgewalt in den vergangenen Monaten machen uns fassungslos – zuletzt die tödliche Attacke auf dem S-Bahnhof in München-Solln sowie der Amoklauf im Ansbacher Gymnasium. Aus Fassungslosigkeit darf kein Aktionismus werden. Konstruktive Vorschläge haben in Diskussionen über Jugendgewalt Seltenheitswert. Es ist Aufgabe von uns Grünen, auf allen Ebenen Populismus entschieden zu widersprechen und wirkungsvolle Lösungen einzufordern.

Gerade den Kommunen kommt bei der zielgerichteten Bekämpfung von Jugendgewalt eine wichtige Rolle zu, weil nur dort passgenaue Konzepte entstehen können. Wir brauchen vor Ort mehr Prävention, intervenierende Sozialarbeit und eine bessere Integration. Dies ist nur zu leisten, wenn die Kinder- und Jugendhilfe entsprechend Wert geschätzt und finanziell auskömmlich ausgestattet wird. Jugendhilfe darf nicht nur als Feuerwehr in Ausnahmesituationen betrachtet werden. Vielmehr stellt sie eine Daueraufgabe und ein wichtiges gesellschaftliches Frühwarnsystem dar. Ihre vielfältigen Möglichkeiten zu Prävention und Reaktion gilt es dabei besser zu nutzen.

Nicht dramatisieren, nicht verharmlosen

Mit unserem Fraktionsbeschluss „Handeln statt einfach sitzen lassen – Jugendgewalt wirksam bekämpfen“ haben wir ein Gesamtkonzept vorgelegt. Darin stellen wir klar, dass weder Dramatisierung noch Bagatellisierung dem Phänomen Jugendgewalt gerecht werden: Einerseits ist der Eindruck falsch, dass jugendliche Gewalttäter immer zahlreicher und jünger werden. Andererseits hat sich mancherorts in sozialen Brennpunkten eine Gewaltkultur etabliert. Alternative Kommunalpolitik muss darauf reagieren und angemessen handeln. Wir wollen Gewaltursachen konsequent bekämpfen, Jugendliche stärken und Opfer besser unterstützen. Notwendig sind eine Stärkung der Elternkompetenz, echte Frühprävention in Kindertagesstätten und Schulen, mehr aufsuchende Jugendhilfe, die Förderung von Medienkompetenz sowie die tatsächliche Umsetzung des Erziehungsgedankens im Jugendstrafrecht. Gute Lösungen erreicht man am besten durch vernetzte Konzepte und den regelmäßigen Austausch der Beteiligten vor Ort.

Erfolgsrezept: Vernetzung vor Ort

Beispiel Essen-Katernberg: Nachdem in den 90er Jahren die Jugendgewaltkriminalität stark zugenommen hatte, entwickelte sich als Reaktion darauf eine intensive präventive Netzwerkarbeit. Dies geschah zunächst nicht auf der Grundlage offizieller Ratsbeschlüsse, sondern über informelle Kontakte der vor Ort Tätigen aus Schulen, Initiativen, von Jugendsozialamt, Jugendgerichtshilfe und Polizei. Zunächst wurden Ansprechpartner des Kriminalkommissariats stadtteilorientiert eingesetzt und knüpften dabei wichtige Kontakte zu Institutionen und Initiativen. Die Zusammenarbeit mit den Schulen wurden ausgebaut, gemeinsame Projekte zur Gewaltprävention gestartet. Auch die Moscheevereine wurden aktiv einbezogen und entwickelten sich zu wichtigen Partnern. Zeitgleich verknüpften die Arbeiterwohlfahrt, die Diakonie und der Paritätische Wohlfahrtsverband die Jugendarbeit im „Jugendhilfe-Netzwerk Katernberg“. Die Polizei wurde aufgrund ihre Arbeit an den Schulen und ihrer Kontakte zu den Moscheen sehr bald mit einbezogen. Getragen wurde die Netzwerk-Arbeit zunächst durch einige Pioniere, die schließlich eine funktionsstarke Projektgruppe institutionalisierten. Ein Leitbild wurde entwickelt und zur Grundlage der Zusammenarbeit auch in anderen Stadtteilen gemacht. Die gemeinsamen Anstrengungen und intensive Zusammenarbeit des Jugendhilfe-Netzwerks zeigten Erfolg: jugendtypische Straßekriminalität und Raubdelikte verringerten sich deutlich. In Essen-Katernberg ging es nicht um die eine Patentlösung, sondern darum, an die Strukturen im Stadtteil vor Ort anzuknüpfen und gute Beispiele weiterzutragen.

Prävention und Gewaltfreiheit von Anfang an

Die Vorbeugung von Jugendgewalt muss überall tatsächlich in den Mittelpunkt erfolgreicher Vor-Ort-Strategien gestellt werden – also nicht in Sonntagsreden, sondern im alltäglichen Handeln. Wir brauchen umfassende Gewaltpräventionsstrategien, die einen kulturellen Wandel zur Gewaltfreiheit fördert: Die Gesellschaft muss jede Form von Gewalt ächten. Das von Rot-Grün verankerte Recht auf gewaltfreie Erziehung ist für alle Kinder und Jugendliche umzusetzen, auch in Migrantenfamilien. Hierzu bedarf es mehr zielgruppenspezifischer Aufklärung und Informationsangebote. Zusammen leben und lernen sowie der gewaltfreie, konstruktive Umgang mit Konflikten muss von allen Kindern von Klein an gelernt werden – im Elternhaus, in den Kindertagesstätten und in Schulen und Jugendeinrichtungen. Angebote für eine sinnvolle, gewaltfreie Freizeitbeschäftigung sind dabei unerlässlich. Ein bewegungsfreundliches Umfeld, körperorientierte Angebote und mehr Sport wirken nicht nur gesundheitsfördernd, sondern – gerade bei Jungen – gewaltpräventiv und beeinflussen deren Umgang mit Aggressionen positiv. Wer Jugendgewalt erfolgreich bekämpfen will, muss das Spektrum von Prävention, Hilfe, Intervention und Sanktion im Blick haben.

Zahlreiche Jugendgewalt-Studien zeigen, dass nicht etwa Hautfarbe oder ethnische Herkunft die entscheidende Ursache von Jugendgewalt sind, sondern Chancen- und Perspektivlosigkeit junger Menschen. Die soziale Herkunft, Exklusion und Chancenarmut sind Risikofaktoren, die Jugendgewalt begünstigen. Je geringer die Bildungschancen, desto höher die Gewalttrisiken. Daher brauchen wir umfassende Strategien gegen soziale Ausgrenzung, Desintegration und Bildungsarmut. Nur eine Jugend- und Bildungspolitik, die niemanden zurücklässt und Kindern aus armen und bildungsfernen Elternhäusern Chancen eröffnet, leistet einen Beitrag zur Gewaltreduktion.

Schulen ohne Gewalt und Angst

Schulen selbst müssen Gewaltprävention als Leitbild verankern. Auf dem Schulhof, im Klassenzimmer und auf dem Schulweg muss Gewalt tabu sein. Schule muss ein angst- und gewaltfreier Ort werden, an dem Konfliktlösungen vorgelebt und vermittelt werden. Dazu braucht es einen vorbildlichen Umgang miteinander: individuelle Förderung und Respekt sind zentral, Beschämung und Demotivierung gehören verbannt. Streitschlichterprogramme von Schülerinnen und Schülern, erfahrene Konfliktlotsen und Vertrauenslehrerinnen und -lehrer

können helfen, Gewalt vorzubeugen. Dabei gilt es, auf neue Gewaltphänomene – wie Mobbing im Schulalltag oder in sozialen Netzwerken im Internet, Gewaltaufrufe und Hetze in Songtexten, Happy-Slapping-Videos auf dem Handy, steigende rechtsradikale Gewalt – Antworten zu finden. Zivilcourage der Schülerschaft muss trainiert und stärker anerkannt werden. Projektstage oder -wochen können dem Thema Gewaltprävention breiten Raum geben. Konkrete Vorfälle wie Prügeleien sollten von der Lehrerschaft zum Anlass genommen werden, mit Schülern und Eltern über Jugendgewalt zu diskutieren. Vernetzungen der Schulen mit der Jugendhilfe, mit Vereinen und Verbänden sowie in den Stadtteil hinein sind ebenso erfolversprechend im Kampf gegen Gewalt. Die Kommunalpolitik kann hierbei mit Rat und Tat begleitend zur Seite stehen und sich als Partner anbieten.

Schneller reagieren, Konsequenzen sofort

Das Jugendstrafrecht wirkt und erzieht. Es verfügt über ein breites Instrumentarium von Erziehung bis Bestrafung. Der Gesetzesvollzug muss aber besser werden: Heute sind wir oft zu spät und zu langsam. Wir müssen früher ansetzen und schneller reagieren. Das setzt die erforderlichen Kapazitäten und damit eine angemessene Ausstattung von Jugendhilfe, Justiz und Polizei voraus. Diese Entwicklung zu direkter Reaktion auf Gewalthandeln kann durch kommunale Netzwerke eingefordert und unterstützt werden. Gerade kriminelle Karrieren von jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern müssen stärker in den Blick genommen und früh durchbrochen werden.

Neben der Prävention spielt die schnelle Reaktion eine wichtige Rolle für wirkungsvolle Anti-Gewalt-Strategien: Gewalttätige Jugendliche müssen merken, dass ihr Handeln Folgen hat – und zwar möglichst unmittelbar nach der Tat. Oft dauert es monatelang und damit zu lange, bis das Verfahren beginnt und Sanktionen erfolgen. Das Jugendstrafrecht bietet zwar genügend gute Möglichkeiten für den Umgang mit jugendlichen Straftätern, Verbesserungsmöglichkeiten gibt es aber in der Organisation: Sinnvoll ist, dass Richter und Staatsanwälte gerade Mehrfachtätern persönlich in Verfahren wieder begegnen, anstatt die Jugendlichen mit immer neuen Personen zu konfrontieren. Dies war bisher gerade in Großstädten oft nicht gesichert. Wir brauchen eine schnelle und kluge Intervention gegenüber jungen Gewalttätern.

Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, wie sie immer wieder von der Union gefordert wird, ist eine populistische Scheinlösung. Längere Strafen bringen nicht mehr Sicherheit oder weniger Gewalttaten. Gerade weil Jugendgewalt oftmals spontan und ungeplant ausbricht, würde es einen Täter von einer Prügel-Attacke nicht abschrecken, wenn sein Strafmaß von 10 auf 15 Jahre erhöht wird. Haft allein kann neue Gewalt- und Straftaten nicht verhindern – denn: Die Rückfallquote nach einer Haftstrafe ist sogar deutlich höher als nach anderen Sanktionen. Zuweilen kommt man zwar um Haft nicht herum. Viel wichtiger ist jedoch die konsequente und zeitnahe Anwendung des bestehenden Strafrechts. Das Recht muss also nicht verschärft, sondern dessen Vollzug verbessert werden. Dazu braucht es eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz. Wer die Präsenz der Polizei erhöhen möchte, muss mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen. Dagegen stehen wir einer Ausweitung des Einsatzes privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum kritisch gegenüber.

Gesetzlichen Handlungsbedarf sehen wir weiterhin beim Waffenrecht, weil es u.a. mehr Messer-Angriffe gibt. Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn sich Jugendliche bewaffnen. Dafür brauchen wir vor Ort eine Kultur der Waffenfreiheit: bei öffentlichen Veranstaltungen müssen Waffenverbote durchgesetzt, gefährliche Messer oder Gegenstände aus dem Verkehr gezogen werden.

Opferschutz in den Mittelpunkt

Opfer einer Straftat zu werden ist eine traumatische Erfahrung, unter der die Betroffenen oft jahrelang leiden. Sie brauchen professionelle Hilfe. Auf die Unterstützung von Gewaltopfern spezialisierte Einrichtungen leisten dafür wertvolle Arbeit, die ausreichend finanziert werden muss. Deshalb wollen wir, dass ein fester Prozentsatz der von Strafgerichten verhängten Geldstrafen der Opferhilfe zugute kommt. Zudem müssen Polizistinnen und Polizisten geschult werden, damit sie möglichst einfühlsam mit den Opfern von Jugendgewalt umgehen. Wir brauchen zudem mehr zielgruppenspezifische Angebote, z.B. für Opfer rechter Gewalttaten. Der so genannte Täter-Opfer-Ausgleich kann dem Opfer helfen, die Tat besser zu bewältigen. Ein Vermittler moderiert dabei das außergerichtliche Gespräch zwischen Betroffenen und Täter, in dem sich die beiden z.B. auf eine Wiedergutmachung einigen können. Wir setzen uns dafür ein, dass der Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit angeboten und finanziert wird. Zu beachten ist auch, dass Jugend-Gewalt überwiegend Jungen-Gewalt ist. Auch die Opfer sind mehrheitlich Jungen. Deshalb ist es wichtig, gerade männlichen Jugendlichen Strategien zur gewaltfreien Konfliktlösung an die Hand zu geben. Dies erfordert eine Kultur des Aufwachsens, in der Gewalt zum Männlichsein nicht dazu gehört. Und beim Opferschutz braucht es eine gendergerechte Ansprache: das Wort „Opfer“ empfinden gerade Jungen oft als stigmatisierend.

All diese Vorschläge und Maßnahmen werden Jugendgewalt und besonders schwerwiegende Fälle wie in München-Solln nicht gänzlich verhindern können. Sie tragen aber dazu bei, Jugendgewalt weiter zu senken und vor Ort wirksame Präventionsstrategien zu etablieren und erfolgreich umzusetzen.

Kai Gehring MdB kommt aus Essen und ist seit 2005 jugend- und hochschulpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion.

Link zum Fraktionsbeschluss zur Jugendgewalt:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/216/216557.beschluss_jugendgewalt.pdf